

Liebe Genossinnen und Genossen,



noch befinden wir uns mitten in den Sommerferien, aber so langsam bekommt man schon eine Ahnung, wie es danach weitergehen wird. Und die ist nicht gut.

Als ich die Tage gelesen habe, dass Frau Eisenmann meint, Schüler, die aufgrund von Corona nicht in die Schule gehen wollen, müssten dies auch nicht, hab ich tatsächlich zweimal hingucken müssen.

Es soll normaler Regelunterricht stattfinden, Lehrer brauchen ein Attest, wenn sie zur Risikogruppe gehören oder aus anderen Gründen nicht unterrichten können und für Schüler, die entscheiden, dass sie lieber zuhause bleiben, soll die normale Schulpflicht gelten. Das heißt, sie erwartet von den Lehrern, dass sie ihren

normalen Präsenzunterricht machen und nebenbei die anderen dann online unterrichten. Und das erfahren die Lehrer aus einer Pressemitteilung in der Zeitung.

Nun hätte man von einer Kultusministerin natürlich erwarten können, dass sie die Ferienzeit nutzt, um vernünftige Hygienekonzepte für Schulen zu entwickeln, Onlinetools zur Verfügung zu stellen, einen Pool von Lehrkräften zu bilden, die selber von zuhause arbeiten müssen und die die Schüler daheim online unterrichten.

weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Philippa Stolle kandidiert wieder für den Jusos-LV	2
Schule und Corona	3
Trauer um Volker Murzin	4
Corona und die Grundrechte	4
Wahlrecht ab 16 bringt ein bisschen mehr Chancengleichheit	8
Die Politik erklärt nicht gut genug. Ehrlich?	9
Medienecke: Was haben „Phishing“ und „Profilviewer“ miteinander zu tun?	10
Mitgliederstatistik / Termine	12
Impressum	13

Aber vermutlich ist sie, wie viele andere Kultusminister auch, stattdessen lieber in Urlaub gefahren. Es geht ja nur um Bildung. Also nichts wichtiges in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ...

Auch ansonsten bin ich sehr gespannt, was der Herbst uns bringt. Die Vernunft und Einsicht der Menschen scheint nachzulassen, dementsprechend gehen die Infektionszahlen seit ein paar Wochen wieder hoch. Am grotesksten finde ich die „Corona-Demos“. Es gibt so vieles, für oder gegen das man in den letzten Jahrzehnten sinnvollerweise hätte demonstrieren können. Ein Virus gehört schlicht und einfach nicht dazu.

Ich wünschte mir einfach, dass Regeln sinnvoll und zielführend sind. Dass wir unser internes Kreissommerfest absagen mussten, weil die Hygienevorschriften für diese Veranstaltung mit 20 bis 30 Teilnehmern unter freiem Himmel wesentlich strenger sind, als für jede private Party mit 100 Leuten in geschlossenen Räumen, ist betrüblich und seuchenbekämpfungstechnisch nicht nachvollziehbar. Aber damit werden wir wohl noch eine Weile umgehen müssen und einfach versuchen, mit neuen Formaten und flexibel Parteiarbeit irgendwie weiter zu gestalten.

Bleibt weiterhin gesund, herzliche Grüße,
Eure

Bül Stünkel

Philippa Stolle kandidiert wieder für den Jusos-LV

Phillipa ist erst vor kurzem aus beruflichen Gründen in unseren Landkreis gezogen, wohnt in Müllheim und ist für die Landesgartenschau in Neuenburg tätig.



In ihrem Bewerbungsschreiben setzt sie drei Schwerpunkte: Vielfalt in der Natur, Vielfalt in der Bildung und Vielfalt im Verband. Wer ihr kraftvolles Bewerbungsschreiben lesen möchte, der findet es [unter diesem Link](#) oder scannt den QR-Code. Dort findet ihr auch ihre Kontaktdaten.

Wir freuen uns, dass Philippa jetzt in unseren Landkreis gekommen ist und drücken ihr für ihre Wiederwahl am 19. September ganz fest die Daumen.

Oswald Prucker



Link zum Bewerbungsschreiben von Philippa Stolle.

Schule und Corona

Es war ein turbulentes Schuljahr und das nächste scheint ähnlich zu werden. Deshalb sprach unsere Vorsitzende Birte Könnecke zu Ferienbeginn in einem [Rotwild Gespräch mit Stefan Fulst-Blei](#), dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, über die aktuelle Situation und die Aussichten für das neue Schuljahr.



Die Landtagsfraktion hat sich mit ihrem [Konzept vom krisenfesten Klassenzimmer](#) schon Anfang Juni klar positioniert. Noch früher, nämlich schon im April, wurde von Stefan Fulst-Blei schon bei Kultusministerin Eisenmann angemahnt, mit den Vorbereitungen auf das neue Schuljahr zu beginnen. Nichts ist passiert. Miese Kommunikation und handwerkliche Fehler der Ministerin sind die Folge davon, dass sie sich augenscheinlich eher auf den Wahlkampf konzentriert hat.

Was jetzt tatsächlich wichtig ist, kam natürlich auch zum Gespräch. Fulst-Blei geht dabei davon aus, dass das Schuljahr nicht ganz normal, sondern in irgendeiner

hybriden Form stattfinden wird. Deshalb muss jetzt der Schwung aus dem Sofortprogramm der Bundesregierung mitgenommen werden.

Technik ist nicht alles, aber ohne die für die Digitalisierung nötige Technik geht halt gar nix. Das betrifft Endgeräte für Schüler genauso, wie Druckerpatronen, die Ausstattung der Lehrkräfte und die nötige Internetanbindung.

Selbstverständlich ist auch an die Fortbildung der Lehrkräfte zu denken und dabei ist es ein Jammer, dass Ministerin Eisenmann auch die an die Wand gefahren hat. Ihre „Qualitätsoffensive“ hat dazu geführt, dass quasi gar nix übriggeblieben ist. Vor allem die Angebote zur digitalen Lehre sind erbärmlich.

Fazit: Es ist wichtig, dass die Schulen jetzt für das 21. Jahrhundert fit gemacht werden. Mit der grün-schwarzen Landesregierung und Kultusministerin Eisenmann wird das aber nicht funktionieren.

Oswald Prucker



Rotwild Gespräch mit Birte Könnecke und Stefan Fulst-Blei.



Das krisenfeste Klassenzimmer. Positionspapier der SPD Landtagsfraktion.

Trauer um Volker Murzin

Mit tiefer Trauer und Bestürzung erfüllt uns die Nachricht vom Tod unseres Freundes und ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden



Volker Murzin

In großer Dankbarkeit erinnern wir uns an sein vielfältiges Engagement für die SPD Breisgau-Hochschwarzwald.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Freunden.

Begrenzt ist das Leben, unendlich ist die Erinnerung.

Danke Volker.

*Für den SPD Kreisverband
Birte Könnecke*

Corona und die Grundrechte

Die Demonstranten in Berlin und anderswo gehen auf die Straße, weil sie gegen die Einschränkungen ihrer Grundrechte demonstrieren wollen. Weil sie sich in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlen, ja gar die Demokratie gefährdet oder abgeschafft sehen.



Nun, das schauen wir uns doch mal genauer an...

Richtig ist, der Staat hat, übrigens mit demokratischen Mitteln des Parlaments, Grundrechte eingeschränkt – dies in der Güterabwägung verschiedener Grundrechte. Und unsere demokratischen Institutionen haben entschieden, dass das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (vgl.: GG Art 2(2)) höher zu werten ist, als die Grundrechte, die zum Schutz der Gesundheit einzuschränken waren oder noch eingeschränkt sind.

Die folgenden in Art. 1 bis 19 im Grundgesetz (GG) verbrieften Grundrechte waren oder sind derzeit noch (teilweise) einge-

schränkt. Die damit verbundenen Fragen sind höchst komplex und die Auflistung versteht sich eher beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Art. 2 Abs. 1 GG: Freie Entfaltung der Persönlichkeit

Mit Quarantäneanordnungen, Vorgaben für Kontaktreduzierungen und anderen Maßnahmen greift der Staat in das Recht der Freiheit der Person ein, etwa, wenn Großeltern oder Freunde nicht mehr besucht werden können. Auch das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ist eingeschränkt, wenn beispielsweise Geschäfte oder Betriebe geschlossen werden müssen.

Art. 4 Abs. 1 und 2 GG: Religionsfreiheit

Die bundesweiten Versammlungsverbote greifen massiv und beispiellos in die Religionsfreiheit von Christen, Juden, Muslimen und anderen Religionsgemeinschaften ein. Jeder Gottesdienst gilt als öffentliche Versammlung, die nicht mehr oder nur eingeschränkt stattfinden kann. Die Freiheit der Religionsausübung ist damit eingeschränkt. Allerdings haben die Religionsgemeinschaften diesen Einschnitten selbst zugestimmt. Christen waren besonders über die Osterfeiertage betroffen, Muslime während des Fastenmonats Ramadan, Juden beim Pessachfest. In vielen Bundesländern gibt es inzwischen Lockerungen.

Art. 8 GG: Versammlungsfreiheit

Die Bundesländer haben unterschiedliche Versammlungsverbote erlassen und greifen damit in die Versammlungsfreiheit der Bürger*innen ein. Dieses Grundrecht, das eng mit der Meinungsfreiheit verbunden ist, ist eines der zentralen Elemente eines freiheitlich-demokratischen Staates. Unter Einhaltung besonderer Schutzmaßnahmen (Höchstzahl von Teilnehmer*innen, Abstandsgebot usw.) und nach Einzelfallprüfungen, können seit einem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts auch Demonstrationen wieder stattfinden.

Art. 11 Abs. 1 und 2 GG: Recht der Freizügigkeit

Manche Bundesländer haben die Einreise von Personen aus anderen Bundesländern verboten und damit das Recht auf Freizügigkeit praktisch außer Kraft gesetzt. Besonders drastisch sind dabei Fälle, bei denen etwa ein Besitzer einer Zweitwohnung in einem anderen Bundesland nicht in sein Eigentum konnte. Berührt ist damit auch Art. 14 Abs. 1 GG (Eigentums-garantie), weil Bürger*innen nicht mehr frei über ihr Eigentum verfügen können. Auch die Schließung der europäischen Binnengrenzen ist in vielerlei Hinsicht eine Einschränkung der Reise- und Bewegungsfreiheit. Damit ist europäisches Recht berührt, aber beispielsweise auch das bundesdeutsche Grundrecht auf Asyl (Art. 16 GG) etwa, wenn Asylsuchende an den Grenzen pauschal abgewiesen werden. Schrittweise

wurden inzwischen die Grenzschießungen wieder aufgehoben.

Art. 12, Abs. 1 GG: Berufsfreiheit

Dieser Grundgesetzartikel garantiert die freie Berufswahl und die freie Berufsausübung. Vor allem Letztere ist durch die Schließung von nicht systemrelevanten Einzelhandelsgeschäften massiv eingeschränkt worden. Auch hier gibt es inzwischen weitreichende Lockerungen, aber eben auch ein Fortdauern der Beschränkungen in zahlreichen Bereichen, wie Gastronomie, Hotellerie oder im gesamten Bereich der Kultur (Theater, Oper, Konzerte, Kinos usw.).

Art. 13 Abs. 1 GG: Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung

Mit entsprechender Ermächtigung kann ein Amtsarzt unter Anwendung von Zwang die Wohnung einer infizierten Person betreten. Das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ist damit beschränkt.

Darüber hinaus sind viele weitere elementare Rechte der Bürger*innen von den Corona-Maßnahmen betroffen. Vor allem das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Datenschutz), das vom Bundesverfassungsgericht in den Achtzigerjahren entwickelt wurde, steht hier in der Diskussion, wenn es etwa um die Übermittlung von Mobilfunkdaten an das Robert-Koch-Institut oder um die Einführung einer Corona-Tracing-App geht.

Quelle der Auflistung: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Bei der Frage über die Verfassungskonformität der Corona Beschränkungen muss immer die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen betrachtet werden. Dem wurde bspw. dadurch Rechnung getragen, dass die Maßnahmen zeitlich oder lokal begrenzt waren oder sind.

Die Einschnitte waren insbesondere in der Lock-Down-Phase hart, jedoch kann man sich viele Beispiele in der Welt ansehen, bei dem ein zu viel an Freiheit bzw. ein zu wenig an Einschränkungen der Grundrechte letztlich zu vielen Infektionen und Toten durch COVID 19 geführt hat. Der Virus ist da, wird auch noch lange bleiben und dessen Langzeitfolgen sind längst noch nicht komplett erfasst. Das, was aber bereits bekannt ist, macht deutlich, dass diejenigen, die den Virus verharmlosen oder verneinen, Leben und Gesundheit bewusst aufs Spiel setzen. Diese Menschen gefährden nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch das ihrer Familie, ihrer Kinder und Mitmenschen. Das finde ich unmenschlich und zutiefst asozial.

Man kann sicher diskutieren, ob einige Maßnahmen zu hart oder zu lang gegolten haben,. Diese Fragestellung ist aber aus der Rückwärtsbetrachtung völlig sinnfrei. Nach dem Motto „hinterher ist man immer schlauer“ zu argumentieren, ist relativ schäbig oder billig. Niemand war vorher in solch einer Situation, niemand kennt den

Virus und seine Folgen bis heute so genau, dass man von Berechenbarkeit ausgehen kann. Das Grundrecht auf Leben steht daher weiter über allem anderen. Man kann sich der Entwicklung nur jeweils anpassen, das ist und wird weiter geschehen, das hat die Handlungsfähigkeit unserer Politik und unserer Demokratie bewiesen.

Für viele waren die Einschränkungen folgeschwer, teilweise bis heute existenzbedrohend. Der Staat hat mit vielen Milliarden Euro schweren Hilfsprogrammen versucht die Folgen abzumildern und mit ständiger Nachjustierung der Beschränkungen daran gearbeitet, das richtige Maß in der Frage der Verhältnismäßigkeit zu finden. Über die Verhältnismäßigkeit und Ausgestaltung konkreter Maßnahmen kann man diskutieren, dort wo es hingehört – in den Parlamenten, und auf Basis von sachlicher Diskussion und nicht in dem Klima hysterischer Verleugnung.

Man kann auch für oder gegen die Art und Höhe der Hilfen demonstrieren, man kann auf bisher unberücksichtigte Folgen aufmerksam machen und Nachbesserungen anstreben, man kann aber bitte nicht das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in Frage stellen oder gar immer noch anzweifeln, dass es den Virus überhaupt gibt.

Springen wir mal in unseren momentanen durchschnittlichen Alltag.

Ich muss in der Bahn und beim Einkaufen für eine überschaubare Zeit eine Mund-

Nasen-Maske tragen. Ich kann nicht ins Fußballstadion gehen, habe im Kino viel Platz, ich kann nur unter Auflagen an Versammlungen teilnehmen und größere Veranstaltungen stattfinden lassen und ich muss beim Reisen in besonders von COVID 19 betroffene Gebiete mit Einschränkungen leben, mich testen lassen oder gar in Quarantäne gehen. Dafür dürfen meine Lieben und ich aber das Grundrecht auf Leben und Gesundheit genießen und schützen.

Es ist erschreckend, dass in Deutschland dieses Grundrecht so negiert wird. Mir zeigt es die Ignoranz der Grundwerte, die Ignoranz vom Wert der Gesundheit und des Lebens. Manchen in Deutschland scheint es schlicht zu gut zu gehen, dass sie eine solche Ignoranz entwickeln können. Vielleicht sollten sie mal ein Krankenhaus besuchen und mit dem Personal deren Erlebnisse aus der akuten Phase der Behandlungen von COVID 19 Patienten auswerten, vielleicht mal mit Angehörigen reden, die von einer Beerdigung zurückkommen, vielleicht mal mit den (auch jungen) Menschen reden, die nach einer COVID 19 Erkrankung berufsunfähig geworden sind oder neu das Alphabet lernen müssen.

In der Wertefrage sind wir übrigens am Grundsätzlichen unserer Zeit angelangt, bei der Diskussion um den Wert des Lebens, des sozialen Miteinanders und der Art und Weise unseres Zusammenlebens. Hierfür

brauchen wir wieder mehr Bewusstsein, Anstand und die Verteidigung unserer Grundwerte und Grundrechte. Dafür ist bspw. auch die Diskussion um Begrenzung von Meinungsfreiheit und Demonstrationsrechten ein Weg.

"Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt."

Immanuel Kant (1724-1804)

Thomas Thürling

Wahlrecht ab 16 bringt ein bisschen mehr Chancengleichheit

Derzeit wird mal wieder die generelle Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für alle Wahlen diskutiert und leider wird die Diskussion mal wieder als egoistischer Parteienstreit wahrgenommen. Nun bin ich zwar parteipolitisch unterwegs, erlaube mir aber dennoch, etwas zum Thema zu sagen. Und nein, es geht mir nicht um Parteipolitik, ich glaube auch nicht, dass die SPD in die eine oder andere Richtung viel gewinnen würde.

Zunächst muss ich aber die üblichen Kritikpunkte aus dem Weg räumen. Kinder und Jugendliche sind manipulierbar und können noch keine Verantwortung übernehmen. Bestimmt ist das so, jeder kennt da so seine Beispiele. Das gilt für Erwachsene aber auch. Siehe Brexit, Trump etc..

Tatsächlich gibt es wenig Argumente gegen ein Wählen mit 16. So bescheinigt eine jüngst erschienene Studie den jungen Leuten eine völlig ausreichende politische Reife, und zwar sogar schon den 15jährigen.

Dritter Abschnitt Wahlrecht und Wählbarkeit

§ 12 Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonstgewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Mein Argument für eine Absenkung ist aber ein anderes: Die Chancengleichheit.

Deutschland und die deutsche Politik wird von den Boomern bestimmt. Die in den Sechzigern geborenen dominieren die Republik zahlenmäßig und damit auch inhaltlich. Ich kann das beurteilen, ich gehöre dazu.

Die jungen Erwachsenen kommen dagegen nicht an, sie sind chancenlos.

Ihnen bleibt derzeit nur die Straße. Das machen sie dann zwar sehr gut und erfolgreich – siehe Fridays for Future und das dient nun tatsächlich vielen als Argument, dass es genug Möglichkeiten für die politische Teilhabe gibt.

Das denke ich nicht. Es ist Zeit für etwas mehr Chancengleichheit, es ist Zeit für ein bisschen mehr Gegenwind für diese Boomer-Generation.

Oswald Prucker

Die Politik erklärt nicht gut genug. Ehrlich?

Diese unsägliche Corona-und-alles-andere-Demonstration in Berlin mit 20.000 bis 1,3 Millionen Teilnehmern hat mal wieder die üblichen Reflexe hervorgerufen. Die Leute wären von der Politik abgehängt, man müsse jetzt endlich wieder mehr zuhören und kommunizieren und überhaupt sich wieder mehr um das Volk kümmern.



Fangen wir mit dem letzten an: „Das Volk“. Ein Trademark der Rechten. Gerade letzte Woche musste ich da wieder schmunzeln. Da sind bei mir daheim im Dorf auf zwei Straßen ein paar Parkbuchten aufgemalt worden, um der wilden Parkerei ein bisschen besser Herr zu werden. Ich habe „das Volk“ (nee, nee, nur meine Mitbürger im Dorf) um Ihre Meinung gebeten und es gab jede Menge davon. Viel davon fundiert und nachvollziehbar und dennoch diametral entgegengesetzt. Zielkonflikte par excellence und des einen Plaisier ist des anderen absoluter Mist. „Das Volk“ ist

ziemlich unterschiedlicher Meinung zu allem und jedem und das ist ja auch gut so.

Kommen wir zum Zuhören und Erklären. Zuhören wollte zum Beispiel Dunja Hayali, als sie zu dieser Demo ging. Das ist ihr in einigen wenigen Fällen auch gelungen. Im Wesentlichen ist sie aber angepöbelt und niedergeschrien worden. Sie musste auf Anraten ihrer Sicherheitsleute (sic!) sogar abbrechen. Wie soll man denn da zuhören oder gar was erklären? Es ist sinnlos, das zu versuchen.

Politik und Wissenschaft haben die Pandemie erklärt und auch die Maßnahmen dazu. Sie haben sich die Finger wund getwittert und den Mund fusselig geredet und das hat auch geholfen. Sehr sogar. Die Menschen haben das verstanden und entsprechend gehandelt und der Lohn dafür ist ein bislang recht milder Verlauf der Pandemie. Ja, es lässt jetzt nach, die Leute werden müde, die Mehrheit ist trotzdem nach wie vor sehr diszipliniert, auch wenn man nicht jede Maßnahme für sinnvoll hält (und damit mitunter auch recht hat).

Im Gegensatz dazu ist die absolute Mehrzahl der Demonstranten von Berlin wohl nicht mehr erreichbar, weil sie sich über die dubiosesten Quellen auf allen Kanälen selbst ins Abseits geschossen haben. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Leuten zuzuhören und zwar auch dann nicht, wenn sie eigentlich so normal aussehen, wie unser aller Nachbarn. David

Hugendick hat das in einem Kommentar mit der herrlichen Überschrift „Nicht schon wieder zuhören“ auf zeit.de sehr trefflich beschrieben und seziert dabei auch genüßlich die skurrile Melange der Demoteilnehmer.

Sollte man solche Demonstrationen deshalb verbieten? Nein. Wir sind freie Menschen und sind eben auch frei darin, uns selbst zum Obst zu machen. Wenn wir das tun, dann dürfen wir aber nicht rumwimmern, wenn die große Mehrheit der Menschen nix von uns wissen will.

Schade nur, dass dabei die Stimmen derer untergehen, die tatsächlich leiden oder litten und wirklich allen Grund haben, gegen die Pandemiemaßnahmen zu protestieren.

Kann sich noch jemand an Alfons Blum erinnern? Der Rentner, der seine Frau nicht mehr im Pflegeheim besuchen konnte und deshalb verzweifelt war? Ihm wurde zugehört von der Presse und zwar nicht nur bei jener Demo. Es gab auch Folgeberichte, die einen wieder sehr glücklichen Mann zeigten, als er immerhin eine halbe Stunde ins Heim durfte. Alle, wirklich alle in diesem Land haben diesen Mann verstanden und mit ihm mitgeföhlt. Das heißt fast alle. Die Ausnahme waren die Demonstranten damals in Gera. Da wurde er niedergebrüllt und sogar körperlich bedrängt.

Gut möglich, dass auch in Berlin einige wenige Menschen wie Alfons Blum dabei

waren. Eine Chance, gehört zu werden, hatten sie nicht. Ich hätte sie gerne gehört.

Oswald Prucker

Medienecke: Was haben „Phishing“ und „Profilviewer“ miteinander zu tun?

Zuerst lasst uns mal die Begrifflichkeiten klären: **Phishing** – zusammengesetzt aus den englischen Wörtern Password und Fishing – zu Deutsch frei übersetzt „Passwortfischen“. **Profilviewer** – zusammengesetzt aus den Wörtern Profil und viewer (dt. Zuschauer) – frei übersetzt ist das jemand, der sich (zumeist online) Profile anschaut, bzw. stalkt.



Von Phishing spricht man, wenn Betrüger mit einer gefälschten Seite versuchen, deine Onlinedaten wie E-mail Adresse, Benutzername oder Passwort herauszubekommen. Internetnutzer erhalten zum Beispiel eine E-Mail oder Messenger-Nachricht mit der Aufforderung, die **Bank-Website** aufzusuchen und dort Kontodaten einzugeben oder man soll bei einem

angeblichen **Gewinnspiel** seine E-Mail oder seinen Benutzernamen hinterlassen, um eine mögliche Gewinnbenachrichtigung erhalten zu können.

Diese Art des Betrugs ist nicht mehr neu und der Internetnutzer ist inzwischen aufgeklärter und vorsichtiger geworden. Neue Betrugsmaschinen sind gefragt. Und hier kommt der **Profilviewer** ins Spiel.

Die Betrüger nutzen die Neugier der Menschen aus. Man gaukelt uns vor, wir könnten mit einer besonderen Funktion, einem Programm oder einer App sehen, wer unser Profil auf z.B. Facebook, Instagram oder Google besucht hat. Oder man möchte uns weismachen, dass es die Möglichkeit gibt, private verschlossene Profile oder Bilder einsehen zu können.

Um diese Funktion zu erhalten, werden wir mit einem entsprechenden Link aufgefordert, uns z.B. bei Facebook erneut anzumelden. Während uns hier im Vordergrund die angeblichen Besucher unseres Profils gezeigt werden (zumeist FAKE-Profile oder Profile aus unserer Kontaktliste), hat der Betrüger im Hintergrund unsere Zugangsdaten abgefangen. Und da der Mensch ein Gewohnheitstier ist und wir gern versuchen, es uns einfach zu machen, benutzen wir oft dieselben Zugangsdaten auch gleich für andere Plattformen, wie z.B. eBay, Amazon, Twitter, Google usw. oder die Plattformen zur Steuerklärung von WISO oder ELSTER.

Und nun? Im günstigsten Fall hat der Betrüger lediglich Vollzugriff auf unser Facebookprofil (inkl. Seiten, Gruppen und Messenger) und postet nur irgendwelche Werbung für Sonnenbrillen, Diätmittelchen oder Pornoseiten in eurem Namen und markiert hierbei eure Kontaktliste. Im ungünstigsten Fall sind wir Opfer eines Identitätsdiebstahls geworden, der bis hin zu unserer Sozialversicherungsnummer reicht.

Und so traurig, wie diese Erkenntnis auch ist: In den allermeisten Fällen wurden wir nicht gehackt, sondern haben unsere Daten selbst „herausgerückt“.

Was kann man tun, wenn wir Fremdzugriff zu unserem Profil/Konto bemerken? Sofort Passwort UND Emailadresse ändern - und dies auch auf allen anderen Plattformen, auf denen wir diese Zugangsdaten verwenden!

Fazit: Finger bzw. Klick weg von Gewinnspielen und Profilviewern auf Social Media!

Wenn ihr noch Fragen habt oder bereits Opfer dieser Betrugsmaschine geworden seid und nicht genau wisst, wie ihr Schadensbegrenzung betreiben könnt, dürft ihr euch natürlich gerne direkt bei mir melden.

Tanja Kühnel

PS: Hier mal ein Link zu einer [Liste diverser aktueller FAKE – Betrugs – Gewinnspiele](#)



WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz.

Kommt also regelmäßig auf spd-breisgau-hochschwarzwald.de und zu Facebook, Instagram oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald**.



Mitgliederstatistik

Im Juli ist unser Mitgliederstand bei 840 konstant geblieben. Wir freuen uns über einen Eintritt und trauern über einen Todesfall.

Das Durchschnittsalter liegt bei 62 Jahren. Die Männer sind dabei 61, die Frauen 63 Jahre alt.

Der jüngste Ortsverein ist Merdingen mit 50 Jahren, der älteste ist Münstertal mit 69 Jahren.



Termine, Termine

Nominierungen für die Landtagswahl

Eigentlich sollten die KandidatInnen für die drei Landtagswahlkreise in unserem Landkreis schon im Juli nominiert werden, aber das haben wir alles corona-bedingt abgesagt. Im September geht es aber los und das sind die Termine:

Wahlkreis Freiburg 2 – WK 47

9. September ab 19:00 Uhr im Bürgerhaus am Seepark. Bislang kandidieren Gabi Rolland und Viviane Sigg.

Wahlkreis Breisgau – WK 48

18. September ab 19:00 Uhr in Schliengen (Details folgen). Bislang kandidieren Birte Könnecke und Oswald Prucker.

Wahlkreis Freiburg 1 – WK 46

12. Oktober ab 19:00 Uhr im Kurhaus Kirchzarten. Bislang kandidieren Jennifer Sühr und Mia Sanner.

Kreisstammtisch Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Wir laden euch ein zum Kreisstammtisch Kaiserstuhl – Tuniberg – March im **Elsässer Hof in Breisach**. Die Termine bis zum Jahresende sind der **15. September, 13. Oktober, 10. November und 8. Dezember** (alles Dienstage) ab **19:00 Uhr**.

Sommerfest - ABSAGE

Unser für den 13. September geplantes kleines Sommerfest müssen wir leider wegen nicht erfüllbarer Auflagen absagen.

Kreisstammtisch Hochschwarzwald

Auch im Hochschwarzwald geht es wieder los. Wie immer im **Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt** und zwar am **23. September, 28. Oktober, 25. November und 23. Dezember**. Das sind alles Mittwochs und es geht um **19:30 Uhr** los.



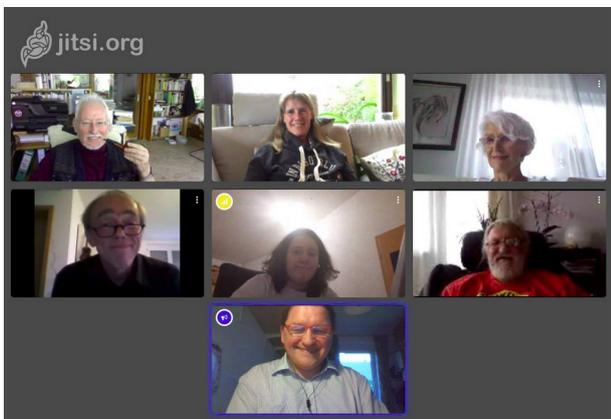
Kreisstammtisch Breisgau

Die nächste Stammtische im Breisgau ist am Donnerstag, **17. September um 19:30 h im Dorfgasthaus Bolando** in Bollschweil, Leimbachweg 1.

Weitere Termine werden nach den Ferien bekannt gegeben.

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zum 5. Online-Kreisstammtisch auf Jitsi am **8. September ab 19:00 Uhr**.



So könnt ihr mitmachen:

1. Nutzt euer Notebook und surft nach meet.jit.si/SpdKreisstammtisch. Als Browser müsst ihr entweder Firefox oder - besser - Google Chrome verwenden. Mit anderen Browsern funktioniert es nicht.

2. Smartphone oder Tablet. Geht in den jeweiligen AppStore und installiert "Jitsi Meet". Öffnet dann die App und gebt als Konferenzname "SpdKreisstammtisch" ein.

Wir empfehlen Headsets oder Ohrstöpsel und werden ab 19 Uhr online sein und auf euch warten.

Kreisdelegiertenkonferenz

Unsere Kreisdelegiertenkonferenz wird am **17. Oktober ab 15:00 Uhr in Lenzkirch** stattfinden.

Der Parteitag wird vor allem die Themen des im Frühjahr ausgefallenen Parteitags aufgreifen und natürlich auch von der Landtagswahl im März geprägt sein. Details zum Programm werden derzeit noch erarbeitet.

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum
Merzhauser Straße 4, 79100 Freiburg

Redaktion: O. Prucker, T. Kühnel und B. Könnecke

redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de